

## **Vernünftig sein heisst...**

Von Nationalrätin Viola Amherd

Die Nationalratspräsidentin hat es am Schluss der Session richtig gesagt: Es war ein ungewöhnlich reich befrachtetes Programm, welches die beiden Räte zu bewältigen hatten. Letztlich wurde das Programm aber bewältigt, und zwar mehrheitlich mit vernünftigen Resultaten. Auch wenn's nicht von Anfang an so aussah.

### **...(noch) Zurückhaltung üben**

Vernünftig war, dass beide Räte letztlich dem Amtshilfeabkommen mit den USA zu den UBS-Daten zustimmten und die PUK zur UBS-Affäre ablehnten. Die bürgerliche Mitte kann – wenn sie standhaft bleibt – die linke und die rechte - Ratsseite zur Disziplin zwingen.

Diese Zwängerei wäre aber zu vermeiden gewesen, wenn der Bundesrat so funktionieren würde wie er sollte. UBS- und Libyenkrise sind nur die Symptome eines tieferen Funktionsproblems der Landesregierung. Das liegt weniger am System, das immerhin seit 162 Jahren die Schweiz zum wohl stabilsten Land der Welt macht, als vielmehr am Unwillen einiger Bundesratsmitglieder, sich an die Spielregeln zu halten. Noch ist das Parlament nicht bereit, seine schärfste Waffe, die PUK, zu zücken. Aber irgendwann wird auch dieses nicht mehr zu vermeiden sein, wenn sich der Gesamtbundesrat weiterhin durch interne Querelen selber behindert. Eine Situation, die auch in anderen Kollegialbehörden untragbar ist.

### **... hart sein aber fair sein**

Zu den schwierigen Dossiers dieser Session gehörte auch die SVP-Ausschaffungsinitiative. Nach einigem Hin und Her, das mehr parteitaktisch als sachpolitisch motiviert war, hat der Nationalrat schliesslich dem direkten Gegenvorschlag zugestimmt. Er nimmt das Problem auf, schlägt aber vor, was tatsächlich realisierbar ist. Auch hier setzte sich die Vernunft der Mitte letztlich durch.

Einerseits besteht mit der Initiative die Gefahr, dass ein wichtiges Anliegen zum reinen Spielball zwischen Rechts- und Linkspopulismus verkommt. Das untergräbt einen zentralen Grundwert unserer Gesellschaft, für den wir bekannt und geschätzt sind: die Einhaltung und die Förderung des Völkerrechts.

Andererseits ist tatsächlich Handlungsbedarf gegeben. Die Straffälligkeit von Ausländern ist überproportional hoch. Sie unterläuft die Integrationsbemühungen, die sich die schweizerische Gesellschaft viel kosten lässt und schadet jenen Ausländern, die sich gut einleben. Das ist nicht tolerierbar. Mit dem direkten Gegenvorschlag besteht nun für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, das Anliegen sachpolitisch beurteilen zu können. Was einem anderen wichtigen Grundwert unseres Staates dient, der direkten Demokratie.

### **... Versäumtes nachholen**

Neben diesen dominierenden Themen gab es andere Geschäfte, in der die politische Mitte für Solidität sorgte: So zum Beispiel bei der Annahme der Motion zur Güterverkehrsverlagerung. Mit ihr wird der Bundesrat beauftragt, eine Strategie zur Reduktion des Strassentransitverkehrs im Alpengebiet zu erarbeiten. Ich habe diese Forderung in der vorberatenden Verkehrskommission aktiv unterstützt. Denn sie stand bereits in meiner Motion zum Verbot gefährlicher Lastwagen auf Bergstrecken, die in der Märzsession leider ganz knapp abgelehnt wurde. Nun ist die Scharte wenigstens teilweise wieder ausgewetzt.

### **... doch noch zustimmen**

Vernunft liess der Nationalrat auch beim Entscheid über die Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft walten. Vor einem Jahr hatte er es entgegen dem Antrag der CVP-Fraktion noch abgelehnt, darauf einzutreten. Die Begleitmassnahmen werden nötig sein, falls das WTO-Abkommen und der Agrarfreihandel mit der EU Realität werden. Für den Fall, dass es so weit kommen sollte, wollen wir die Bauern nicht im Regen stehen lassen. Deshalb sollen bereits jetzt für die Begleitmassnahmen die notwendigen finanziellen Mittel geüfnet werden. Das hat nun auch – mit Ausnahme des linken und des rechten Flügels – die Mehrheit des Rates verstanden.

### **... den realistischen Weg gehen**

Wie der Ständerat stimmte die Grosse Kammer der Änderung des Energiegesetzes zu. Die Einführung eines einheitlichen Gebäudeenergieausweis, um das Energiesparpotenzial von Gebäuden besser zu erfassen, war unbestritten, ebenso wie die Anpassung der Grundlage für die Bemessung von Förderbeiträgen, um fällige Sanierungen anzustossen.

### **... einsehen, wenn man falsch liegt**

Und schliesslich zeigte sich der Nationalrat ein weiteres Mal vernünftig, als er entgegen dem Antrag des Bundesrates die Weiterführung des Fonds Landschaft Schweiz guthiess. Der Fonds hatte in den rund 20 Jahren seines Bestehens mit wenigen Mitteln einiges zum Erhalt unserer Landschaft und damit zur Basis unseres Tourismus beigetragen. Darunter figurieren auch zahlreiche Projekte im Wallis. Für einmal waren sich hier alle Fraktionen einig, so dass Bundesrat Leuenberger mit seiner rein finanzpolitischen Argumentation hoffnungslos alleine stand. Aber er hat's immerhin eingesehen...